

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Friedrich Altringhaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. Juli 1932.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Die "neue Staatsführung".

Ihre Erfolge und die "Ordnung" von heute.

SPD. Der grosse Alliierte der Nazibarone reist im Lande umher, mit dem Auftrage, die heilige Allianz von Hakenkreuz und Papenkreuz zu leugnen, und für diese nicht einmal mit guter Rasiercreme besorgte Einseiferei der Dummen, nimmt der Schaumschläger Hitler pro Kopf und Abend zwei bis zehn Mark Eintrittsgeld. Wie glücklich sind dagegen alle, die zu Hause bleiben und eine Rundfunkanlage besitzen. Im ganzen Monat bezahlen sie nur zwei Mark. Sie hören dafür fast Abend für Abend, was eine neue hohe Obrigkeit und ihre Führer dem beglückten Volke über die "neue Staatsführung" vermelden.

Am Donnerstag hat Herr Bracht aus Essen zielbewusst und mannhaft das Steuer des preussischen Staatsschiffes ergriffen. Man hörte es ordentlich. Am Freitag-Abend stand er bereits vor dem Mikrofon um seinen preussischen Adoptivkindern zu sagen, dass der Gewaltakt gegen Preussen höchsten "staatspolitischen" Motiven entsprungen sei, nämlich der Notwendigkeit: "Die Staatsautorität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf überparteilicher Grundlage wiederherzustellen." Alles was in Preussen in den letzten Tagen geschehen sei und geschehe, habe allein den väterlichen und wohlweisen Zweck: Recht und Gerechtigkeit jedem Staatsbürger zuteil werden zu lassen. Kurz vor dieser Erklärung des Herrn Bracht war im Rundfunk ein Komiker aufgetreten, der auf die nach ihm folgende Attraktion aufmerksam machte und sich dabei zu dem Satz verstieg: Der ruhige Bürgersmann dürfe jetzt wieder die Sicherheit haben, nachts unangefochten durch die Strassen gehen zu können!

In der gleichen Nacht überfielen 800 Nazi-Banditen das Volkshaus in Bunzlau. Ein 52jähriger Familienvater und Reichsbannermann wurde von einem Papenkreuzler erschossen. Dreissig Menschen sind mehr oder weniger schwer verletzt worden. Wie Bestien traten die Stützen und Freunde der "neuen Staatsführung" auf. In Berlin überfielen fast zu gleicher Zeit vier SA-Leute einen Redakteur der "Vossischen Zeitung". Er hatte das Verbrechen begangen, das Abzeichen der Eisernen Front zu tragen. Die Aufforderung der Nazi-Banditen, es abzulegen, lehnte er ab. Die Folge: er wurde zusammengeschlagen und so schwer verletzt, dass er bewusstlos ins Krankenhaus geschafft werden musste. Wenn die Eisernen Front eine Rundfrage bei ihren Mitgliedern über deren Erlebnisse am gleichen Abend veranstalten wollte, wir sind überzeugt, der Fall des Redakteurs liesse sich mit tausend multiplizieren. Die Arbeiterpresse ist gar nicht mehr in der Lage, all die Ueberfälle und Misshandlungen durch die Nazihorden auch nur noch zu registrieren. Stündlich fordert die "neue Staatsführung", die "neue Ordnung" ihre Opfer.

Am Sonnabend telegraphierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Larssen an den Reichskanzler, dass der sozialdemokratische Abgeordnete Jaeker im Beisein der Polizei von SA-Horden niedergeschlagen worden ist und dass im gesamten Kreis Neidenburg durch den Hakenkreuzterror jede Wahl-

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Friedrich Altringhaus, Berlin.  
Sprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 23. Juli 1932.

Int. Institut  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

Die "neue Staatsführung".

Ihre Erfolge und die "Ordnung" von heute.

SPD. Der grosse Alliierte der Nazibarone reist im Lande umher, mit dem Auftrage, die heilige Allianz von Hakenkreuz und Papenkreuz zu leugnen, und für diese nicht einmal mit guter Rasiercreme besorgte Einseiferei der Dummen, nimmt der Schaumschläger Hitler pro Kopf und Abend zwei bis zehn Mark Eintrittsgeld. Wie glücklich sind dagegen alle, die zu Hause bleiben und eine Rundfunkanlage besitzen. Im ganzen Monat bezahlen sie nur zwei Mark. Sie hören dafür fast Abend für Abend, was eine neue hohe Obrigkeit und ihre Führer dem beglückten Volke über die "neue Staatsführung" vermelden.

Am Donnerstag hat Herr Bracht aus Essen zielbewusst und mannhaft das Steuer des preussischen Staatsschiffes ergriffen. Man hörte es ordentlich. Am Freitag-Abend stand er bereits vor dem Mikrofon um seinen preussischen Adoptivkindern zu sagen, dass der Gewaltakt gegen Preussen höchsten "staatspolitischen" Motiven entsprungen sei, nämlich der Notwendigkeit: "Die Staatsautorität, die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf überparteilicher Grundlage wiederherzustellen." Alles was in Preussen in den letzten Tagen geschehen sei und geschehe, habe allein den väterlichen und wohlweisen Zweck: Recht und Gerechtigkeit jedem Staatsbürger zuteil werden zu lassen. Kurz vor dieser Erklärung des Herrn Bracht war im Rundfunk ein Komiker aufgetreten, der auf die nach ihm folgende Attraktion aufmerksam machte und sich dabei zu dem Satz verstieg: Der ruhige Bürgersmann dürfe jetzt wieder die Sicherheit haben, nachts unangefochten durch die Strassen gehen zu können!

In der gleichen Nacht überfielen 800 Nazi-Banditen das Volkshaus in Bunzlau. Ein 52jähriger Familienvater und Reichsbannermann wurde von einem Papenkreuzler erschossen. Dreissig Menschen sind mehr oder weniger schwer verletzt worden. Wie Bestien traten die Stützen und Freunde der "neuen Staatsführung" auf. In Berlin überfielen fast zu gleicher Zeit vier SA-Leute einen Redakteur der "Vossischen Zeitung". Er hatte das Verbrechen begangen, das Abzeichen der Eisernen Front zu tragen. Die Aufforderung der Nazi-Banditen, es abzulegen, lehnte er ab. Die Folge: er wurde zusammengeschlagen und so schwer verletzt, dass er bewusstlos ins Krankenhaus geschafft werden musste. Wenn die Eisernen Front eine Rundfrage bei ihren Mitgliedern über deren Erlebnisse am gleichen Abend veranstalten wollte, wir sind überzeugt, der Fall des Redakteurs liesse sich mit tausend multiplizieren. Die Arbeiterpresse ist gar nicht mehr in der Lage, all die Ueberfälle und Misshandlungen durch die Nazihorden auch nur noch zu registrieren. Stündlich fordert die "neue Staatsführung", die "neue Ordnung" ihre Opfer.

Am Sonnabend telegraphierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Larssen an den Reichskanzler, dass der sozialdemokratische Abgeordnete Jaecker im Beisein der Polizei von SA-Horden niedergeschlagen worden ist und dass im gesamten Kreis Neidenburg durch den Hakenkreuzterror jede Wahl

die Sozialdemokratie unterbunden sei. Ähnliche Proteste liegen vor. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels erhob am Sonnabend-Abend bei den Herren der "neuen Staatsführung" und "neuen Ordnung" dringende Vorstellungen. Unterdessen meldete der Draht neue Gefährdungen, die wir erfahren wir, dass mitten in Berlin wieder Arbeiter von Nazi-Geheimpolizei fallen und blutig geschlagen worden sind, dass im ostpreussischen Königsberg die SA einen in einen jüdischen Laden flüchtenden Kommunisten verhaften und sein Personal schwer misshandelte, Waren stahl und alle jüdischen Gewerbetreibenden zwang, ihre Betriebe zu schliessen, dass SA in Köln ein Weinhaus niederbrannten versuchten und in Charlottenburg ein Kommunist niedergestochen wurde. Ist das die "neue Ordnung" oder ist es Unordnung?

In Ravensburg führte der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei Staatsrat Schäffer dieser Tage über die "neue Staatsführung" und die "neue Ordnung" aus: "Die Regierung hat eine neue Staatsführung in Aussicht gestellt. Die alte Staatsführung war die Erkenntnis der ersten Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Bürger nicht gegen den Bürger mit Waffen vorgeht und die Mütter nicht sagen müssen: Heute ist mein Sohn das Opfer Deiner Politik geworden. Jetzt haben wir 100 Tote und 1200 Verletzte in kurzer Zeit zu beklagen. Heute trauern Mütter, die sagen: Eure Politik ist es, die diese Opfer verursacht hat. Wer Recht und Gesetz geachtet haben will, muss erst selbst Recht und Gesetz achten. Aber ich habe das Gefühl, dass Recht und Gesetz von oben her verletzt sind."

Uns dünkt das ist in der Tat das gefährliche Beispiel dieser neuen glorreichen Staatsführung! mit Gewalt sind verfassungsmässige Minister aus ihrem Amt geholt worden. Wenn unter dem Jubel der Braunen Häuser die Alliierten Hitlers nicht vor der Person noch vor dem Amt ihrer Gegner haltmachen, wie anfeuernd muss solche neue Staatsführung wirken auf jene, die planmässig zum Bürgerkrieg gedrillt und auf die Republikaner zur Bluthatz gejagt werden? Wie frei müssen sich diese Horden fühlen und wie vogelfrei sind die Millionen der Gegner, wenn eine erbärmliche Denunziation genügt, dass der bisherige verdienstvolle Kommandeur der Berliner Polizei, Oberst Heimannsberg, in der Nacht wie ein Verbrecher aus dem Bett heraus verhaftet werden kann? Wenn Gleiches sozialdemokratischen Rednern und Schriftstellern widerfährt, wie Robert Breuer und Major Anker, auf Grund gleicher haltlosen Verdächtigungen, fabriziert von erbärmlichen Spitzeln, die sich einen roten Rock verdienen wollen? Ist das die Ruhe und Ordnung, ist das die Gleichberechtigung der Staatsbürger, ist das die neue Staatsführung, die Erneuerung Preussens? Soll es erneuert werden durch Terror gegen die Arbeiterklasse, durch Erstürmung der Gewerkschaftshäuser, durch grundlose Verhaftungen, durch Spitzel, Denunzianten und Postenjäger?

In einer offiziellen Meldung lässt Herr Bracht der Öffentlichkeit mitteilen, dass einstweilen alle an das kommissarische Staatsministerium herangetretenen Wünsche zur Besetzung der freigewordenen Ämter und Posten zurückgewiesen werden. Wahrscheinlich gibt es in ganz Europa nicht so viele Stellen, als heute die Stellenjäger und "Parteibuchbeamten" aus dem Tross der Hugenberg und Hitler als Belohnung für treue Dienste verlangen. Es haben gute Zeiten für Spitzel und Mästrichhemden begonnen. Es winken rote Röcke, fette Posten, die Futterkrippe und das Dritte Reich.

Vom Kapp-Putsch erzählte ein Teilnehmer, damals habe es in der Reichskanzlei wie in einer "Judenbörse" ausgesehen, so hätten sich die Postenjäger einander die Absätze abgelaufen. Es scheint, dass es heute in den eroberten preussischen Ämtern nicht viel anders ist. Ebenfalls als Folge der "neuen Staatsführung" und der "neuen Ordnung"!

-----

SPD. Hannover, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Der grossen Kundgebung der Zentrumsparthei wandte sich der ehemalige  
Dr. Wirth unter stürmischem, minutenlangem Beifall der Versamm-  
lung die Politik der Adelsregierung von Hitlers Gnaden. Mit folgenden  
Worten ergriff er die Leistungen der deutschen Arbeiterschaft und besonders  
die Verdienste an :

Wie hat das deutsche Vaterland in den schlimmsten Wirren des Zusammen-  
bruchs 1918 vor dem völligen Verderben gerettet? Wer wehrte, als die vom  
Krieg in ängstlicher Passivität versagten, dem drohenden Chaos? Die in  
Arbeitsgemeinschaften organisierten deutschen Arbeiter! Die ernstesten und getreue-  
sten Kämpfer des Volkes! Wer rettete in grosser Not das Ruhrgebiet? Wer schuf  
dort Ordnung unter Einsatz aller seiner Kräfte, als alles drunter und drüber  
zu gehen drohte? Wer verhütete unermesslichen Schaden für Volk und Reich und  
Wirtschaft? Das war Carl Severing, der zugleich auch um Deutschland und der  
Arbeiterschaft willen die bürgerliche Gesellschaft mit vor dem Verderben be-  
wahrte! Das war Carl Severing, der Mann, den man vor ein paar Tagen mit Gewalt  
von seinem Amtstisch entfernte! Der Tag, an dem dieses geschah, ist der schwär-  
zeste Tag in der politischen Geschichte der letzten hundert Jahre!"

-----

SPD. Der von Herrn von Papen mit der Führung der Geschäfte des preussi-  
schen Innenministeriums beauftragte Oberbürgermeister Dr. Bracht hat am Frei-  
tag in einer Rundfunkrede erklärt, dass nun in Preussen Ordnung geschaffen  
werde. Trotz dieser Erklärung liegen Meldungen über wilde Ausschreitungen von  
Hitlers Bürgerkriegsbanden vor. Der Führer der Sozialdemokratischen Partei  
Otto Wels hat sich deshalb sofort beschwerdeführend an Bracht gewandt und ener-  
gisch um Abstellung ersucht. Er hat insbesondere auf den SA-Terror im Kreise  
Neidenburg, auf das Versagen der Polizei bei dem SA-Ueberfall auf den sozial-  
demokratischen Reichstagsabgeordneten Jaeger und auf den Sturmangriff der  
Hitlerbanden auf das Volkshaus in Bunzlau hingewiesen.

-----

SPD. Stuttgart, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Antlich wird mitgeteilt: In der in Stuttgart abgehaltenen Konferenz der  
Staats- und Ministerpräsidenten der Länder, die unter dem Vorsitz des Reichs-  
kanzlers stattfand, wurden die wichtigsten Fragen der Aussen- und Innenpolitik  
in vertraulicher, eingehender Aussprache erörtert, woran sich alle anwesenden  
Regierungen beteiligten! Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Ver-  
handlung Kenntnis, dass die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden  
stehe und die Rechte der Länder nicht antasten wolle. Der Reichskanzler betont,  
dass in Preussen nur vorübergehende Massnahmen getroffen werden müssten, um  
die Ruhe und Ordnung sicherzustellen. Eine Anwendung auf andere Länder komme  
nicht in Frage, da die Ruhe und Ordnung dort nicht gefährdet seien. Die Reichs-  
tagswahlen sollen durchgeführt werden, und die Reichsregierung hoffe, den Be-  
lagerungszustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen wieder aufhe-  
ben zu können. Die Konferenz war sich einig über die Notwendigkeit, die Autori-  
tät der Reichs- und Länderregierungen ungeschmälert aufrecht zu erhalten.

+ + +

Das über die Stuttgarter Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten  
der Länder ausgegebene amtliche Communiqué ist, wie zu erwarten war, sehr  
farblos ausgefallen und daher nur eine schwache Wiedergabe des tatsächlichen  
Verlaufs der Verhandlungen, sowohl in sachlicher Hinsicht wie auch bezüglich  
der Formen, in denen sie sich abgespielt haben. Wir sind zu der Annahme be-  
rechtigt, dass von sämtlichen Regierungen der Länder, in denen die National-

nicht vertreten sind, der Reichsregierung die schärfste Missbilligung in Preussen zum Ausdruck gebracht worden ist. Von Papen ist besonderem Nachdruck versucht, glaubhaft zu machen, dass diese keine Weiterungen haben würde, da in den anderen Ländern nicht die gleichen Vorhaben vorhanden seien, wie sie in Preussen gegeben gewesen seien. Zusammenhang versicherte er, dass der Charakter der preussischen Politik als einer nur geschäftsführenden keine Bedeutung für die Entschlüsse der Reichsregierung gehabt hätte. Ihr sei es lediglich um die Wiederherstellung nach ihrer Meinung gefährdeten öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegangen. Zurzeit sei die grösste Sorge für sie, die Durchführung der Wahlen sicherzustellen.

den Vertretern Süddeutschlands wurde besonders zum Ausdruck gebracht, dass in weitesten Kreisen der Bevölkerung deshalb eine so starke Beunruhigung entstanden sei, weil man des Glaubens sein musste, dass die Verfassung vergewaltigt würde. Der Reichskanzler erwiderte hierauf, dass die Reichsregierung gar nicht daran denke, und dass sie auf streng föderalistischem Boden zu verharren beabsichtige. Es war übrigens nicht ohne Interesse, dass die Notwendigkeit, an der föderalistischen Gliederung des Reiches unter allen Umständen festzuhalten, von sämtlichen anwesenden Länderregierungen betont wurde, auch von denen, die unter nationalsozialistischer Leitung stehen.

Selbstverständlich hat sich auch auf dieser Konferenz der Reichskanzler gegen den Vorwurf verwahrt, dass er im Auftrag der Nationalsozialisten gehandelt habe. Seine Versicherung, dass die Reichsregierung parteilos in keiner Weise gebunden sei, wurde aber auch auf dieser Konferenz ebenso skeptisch aufgenommen, wie es auch sonst zu geschehen pflegt.

-----  
SPD. Darmstadt, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Der hessische Staatspräsident Dr. Adelung hat mit der Uebersendung des Protestschreibens der hessischen Regierung gegen das Vorgehen der Reichsregierung gegen Preussen an den Reichspräsidenten zugleich den Wunsch ausgesprochen, dem Reichspräsidenten die von seiner Regierung gehegten Besorgnisse persönlich vorzutragen. Der Reichspräsident hat darauf erwidert, dass aus technischen Gründen ein Empfang in Neudeck unmöglich sei, dass er aber vom 9. bis 12. August in Berlin sei und sich vorbehalte, die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin zu empfangen.

-----  
SPD. Paris, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Metallarbeiter von Dünkirchen, die vor einigen Wochen wegen der Kürzung ihrer Löhne in Streik getreten waren, haben die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen. Der Kampf musste aufgegeben werden, da sich die Arbeiterschaft infolge der durch die Kurzarbeit der letzten Zeit bedingten niedrigen Löhne in einer schlechten wirtschaftlichen Lage befand und ausserdem die Kommunisten wie üblich, durch allerlei Methoden die Einheitsfront der Arbeiter zu durchbrechen suchten.

-----  
SPD. Am Sonnabend tagte in Berlin der Vorstand und Ausschuss des AFA-Bundes. Die 15 angeschlossenen Verbände waren im Hinblick auf den Gegenstand der Tagesordnung vollzählig durch ihre Vorsitzenden vertreten.

Der Bundesvorsitzende, Aufhäuser, berichtete über die politische Lage und die sich aus ihr für die freien Angestelltengewerkschaften ergebenden Massnahmen. Die bisherige Haltung des Bundesvorstandes und der Reichskampfleitung der

nt fand einmütige Zustimmung der Ausschussvertreter. Aus der sehr Diskussion war zu entnehmen, dass in den angeschlossenen Verbänden örtlichen Kartellorganisationen die denkbar stärkste Aktivität und die Mitgliedschaften entschlossen sind, jedem Rufe ihrer Gewerkschaft bedingt Folge zu leisten. Die Auffassung des Bundes-Ausschusses nachstehenden Kundgebung ihren Niederschlag:

mpf des "neuen Systems" gegen den nachkriegszeitlichen deutschen Staat" hat auf der ganzen Linie eingesetzt. Die Notverordnung vom 20. Juli ist mit einer Zerschlagung des sozialen Angestellten- und Arbeiter-

sc. der Aufhebung einer wirklichen Volkswohlfahrt gleich. Die wachsende Empörung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Sozialrentner, Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten soll durch den Terror der Hitler'schen Privat-Armee niedergehalten werden. Durch die Vernichtung der Demokratie sollen die Massen der Notleidenden, die Opfer eines unfähigen Wirtschaftssystems in ihrem Abwehrkampf entwaffnet werden. Der stärkste Hort der demokratischen Verfassung die preussische Staatsregierung, ist am 20. Juli gewaltsam abgesetzt worden. Zur Wirtschaftskrise wurde auch noch die Staatskrise herbeigeführt. Das nachkriegszeitliche Deutschland ist nicht nur als sozialer Wohlfahrtsstaat, sondern auch als Rechtsstaat aufs Schwerste erschüttert worden.

Die Hauptverantwortlichen für die Angriffe auf die vitalsten Volksrechte, die Nationalsozialisten, drängen nach brutaler Diktatur noch vor dem 31. Juli. Sie fürchten das Volksgericht bei der Reichstagswahl. Die Freien Gewerkschaften sind indes nicht bereit, sich provozieren zu lassen. Angestellte, Arbeiter und Beamte werden nicht darauf verzichten, der Reaktion auf den Gewaltsakt vom 20. Juli am Tage der Reichstagswahl zu antworten.

Der AfA-Bundesausschuss ist sich aber auch bewusst, dass die grosse Auseinandersetzung zwischen den schaffenden Volkskräften und der an der Staatsmacht befindlichen dünnen Herrenschicht mit dem 1. August nicht abgeschlossen sein kann. Die Freien Gewerkschaften sind auf Kämpfe von längerer Dauer gerüst um die Reaktion zu überwinden. Sie sind entschlossen, ihre ganze organisatorische Kraft für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus und Faschismus einzusetzen, ihr Handeln wird trotz aller politischen Irrungen und Wirrungen unserer Zeit von fester Entschlossenheit und kühler Besonnenheit getragen sein. Zunächst muss der 31. Juli die grosse Heerschau der in der Eisernen Front vereinigten Kräfte aller Kopf- und Handarbeiter werden. Der Sieg der Eisernen Front am 31. Juli und die höchste Bereitschaft der Freien Gewerkschaften verbürgen den sozialistischen Aufbau und die Freiheit. -

Im Anschluss an die Debatte nahm der Bundesausschuss nach Berichten von Göring und Suhr noch zum Freiwilligen Arbeitsdienst Stellung und behandelte die Massnahmen der freien Angestelltenverbände für die Betreuung ihrer erwerbslosen Mitglieder.

-----  
SPD. Paris, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Sonderberichterstatler des Pariser "Soir" Sauerwein, der am Freitag die Frage aufgeworfen hatte, ob die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preussen einen Plan verfolge und ob sie überhaupt genau wisse, worauf sie hinaus wolle, veröffentlicht in der Sonnabend-Nummer des "Soir" das Ergebnis einer Untersuchung, die er über diese Frage in Berlin angestellt hat. Er meldet:

"Ich bin zu der Schlussfolgerung gekommen, dass bei den Leitenden der Reichsregierung eine Gesamtidee vorhanden ist, aber dass sie im Laufe der Ereignisse Überraschungen erlebt haben und dass sich nicht alles nach ihren Voraussagen abgespielt hat. Die Ideen des Generals von Schleicher sind folgende: Er sieht vor sich ein Deutschland, dessen grosse Mehrheit heute revolutionär ist, wenn

nisten, die Sozialdemokraten und alle die rührigen Gruppen  
net, die den linken Flügel der Nazis bilden. Wenn auch konkretere  
zwischen den Sturmtruppen Goebbels und den Geheimorganisationen  
nen bestehen, so sind alle in dem gemeinsamen Gefühl vereint, dass  
die soziale Ordnung geändert werden muss. Das Kabinett der Barone,  
die Industrie Deutschlands hinter sich hat, erkennt diese Gefahr.  
Eindruck, dass es mit zwei Bulldoggen zu tun hat (nach dem berühm-  
ismarcks über Russland und England), von denen die eine Hitler, aber  
er und gefährlicher als die ist, die auf den Befehl Moskaus bellt.  
ht man zu beruhigen und ihm zu schmeicheln. Das wird nach meiner An-  
rscheinlich Erfolg haben. Dieser Mann lebt in einer derartigen Atmos-  
phäre des Ruhmes, dass er nichts anderes mehr verlangen kann. Er ist ein Halb-  
gott und würde sich erniedrigen, wenn er Kanzler werden wollte. Was die Kom-  
munisten anbetrifft, so werden sie wahrscheinlich nach den Wahlen, wie im  
preussischen Landtag, den Schiedsrichter zwischen Rechts- und Linksblock  
bilden. Diese Lage erscheint dem Kabinett im voraus als unerträglich. Daher  
wird von Papen die Wahlen nicht verzögern, noch den Fehler begehen, die Kom-  
munistische Partei aufzulösen. Aber seine Freunde und er sind schon jetzt  
entschlossen, sie sofort nach den Wahlen aufzulösen. Die kommunistischen Abge-  
ordneten sollen dann aus dem Reichstag und dem Landtag ausgewiesen werden,  
weil sie einer Partei angehören, die gegen die soziale Ordnung und gegen die  
Verfassung ist. Die Rechte würde darauf eine Mehrheit haben und könnte viel-  
leicht sogar dem Zentrum einige Zugeständnisse machen, um seine Mitarbeit zu  
erlangen. In diesem Falle müsste sie sehr geschwächte Arbeiterschaft das Dik-  
tatur der Industriellen ertragen. Diese Operation kann jedoch auf grosse Hinder-  
nisse stossen. Das Zentrum und die Sozialdemokraten können sich zusammenschlies-  
sen und im Notfall den Generalstreik erklären. Die Reichsregierung und die  
preussische Regierung würden dann die so lange erwartete Gelegenheit haben,  
eine starke Diktatur zu errichten, wobei sie den Nazis ein der sozialen Ord-  
nung entsprechendes Maximum von Zugeständnissen machen könnten."

-----  
SPD. Leipzig, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend Vor- und Nachmittag wurde vor dem Staatsgerichtshof unter dem  
Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Bumke über den Antrag des gewaltsam abge-  
setzten preussischen Kabinetts auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, der  
dem "Reichskommissar" bis zur Entscheidung in der Sache jede Amtshandlung unter  
sagen soll, verhandelt. Das Urteil des Staatsgerichtshofes soll am Montag-Mittag  
um 1 Uhr gefällt werden.

Die preussische Regierung wird vertreten durch die Ministerialdirektoren  
Dr. Brecht und Dr. Badt sowie Professor Giesse. Für die sozialdemokratische  
Landtagsfraktion ist Professor Hermann Heller anwesend, für die Zentrums-  
fraktion Professor Peters-Köln. Die Reichsregierung hat den deutschnationalen  
Ministerialdirektor Gottheiner vom Reichsinnenministerium entsandt.

Die Verhandlung begann mit der Feststellung des Reichsgerichtspräsidenten,  
dass die Reichsregierung auf den Klageantrag überhaupt noch nicht ihre Stel-  
lungnahme kundgegeben habe. Er fährt fort: Ich habe das Gefühl, dass in die-  
ser Verhandlung schon gewisse Fragen so weit geklärt werden müssen, dass  
Grundlagen für die Hauptverhandlung geschaffen werden. Die Freistaaten Baden  
und Bayern haben gleichfalls Bedenken gegen die Notverordnung der Reichsre-  
gierung und haben sich gleichfalls an den Staatsgerichtshof um Entscheidung ge-  
wandt. Die an uns gerichteten Telegramme enthalten den Wunsch, prinzipielle  
Fragen zu klären, die heute akut sind und die bestimmt für den weiteren Ver-  
lauf des Verfahrens nicht unbedeutend sein können. So hat der Freistaat Baden  
erklärt, dass seiner Ansicht nach der Reichspräsident nicht befugt ist, eine

Maßnahme gegen Länder vorzunehmen, wie es heute gegen Preussen ge-  
In fünf speziellen Fragen soll der Staatsgerichtshof entscheiden,  
Frage klären, wie sich die Ernennung eines Reichskommissars auf  
im Reichsrat auswirken würde, sowie, ob es möglich sei, auf Grund  
48 Ernennungen zu treffen, die finanzielle Folgen für die Frei-  
Die Entscheidung darüber muss natürlich möglichst bald erfol-  
eine überaus schwierige Materie, die hier zu bewältigen ist, und  
t abzusehen, wann der endgültige Streitfall verhandelt werden kann.  
Frage, wann der Schriftwechsel für die Vorbereitung der Hauptverhand-  
hlossen sein kann, lässt sich heute nicht beantworten. Deshalb muss  
auf Erlass einer einstweiligen Verfügung vorher beraten werden und  
Fragenkomplex der Hauptverhandlung vorbehalten bleiben.

Die Erörterung wendet sich, nach einer langen Debatte über den Verhand-  
modus der Frage zu, ob im vorliegenden konkreten Fall eine einstweilige  
Verfügung möglich sei. Hierbei kommt es darauf an, dass die Entscheidung über  
einstweilige Verfügung nicht der Entscheidung in der Hauptsache vorgreift  
Nachteile, die durch die einstweilige Verfügung angewendet werden,  
sind, als die dem Antragsgegner durch sie zugefügt werden. Deshalb  
preussische Regierung folgenden Antrag gestellt, der einen modus  
für die Zeit bis zur ordentlichen Entscheidung herbeiführen soll:

In dem Strafverfahren zwischen dem Freistaat Preussen und der Reichsre-  
gierung wegen Verfassungswidrigkeit bei Einsetzung eines Reichskommissars  
für Preussen beantragt die Antragstellerin für den Fall, daß nicht sofort  
zur Hauptverhandlung verhandelt wird:

Der Staatsgerichtshof wolle die durch die Uebernahmeverordnung vom  
20. Juli 1932 und ihre Durchführung entstandene rechtliche und tatsächliche Lage  
im Wege der einstweiligen Verfügung einstweilen regeln, und dabei insbesondere  
bestimmen:

1. dass die Reichskommissare sich nicht als preussischer Ministerpräsident  
oder preussischer Staatsminister oder Mitglied der preussischen Landes-  
regierung bezeichnen dürfen,
2. dass sie den preussischen Staatsministern nicht die Eigenschaft als  
Staatsminister absprechen dürfen,
3. dass sie und ihre Vertreter nicht ohne Vollmacht der Staatsminister Preus-  
sens einem Reichsratsvertreter oder den Mitgliedern der preussischen  
Staatsregierung das Recht zur Vertretung Preussens im Reichsrat und zur  
Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen dürfen,
4. dass sie auch Beamtenernennungen und -absetzungen mit dauernder Wirkung  
nicht vornehmen können."

Ministerialdirektor Brecht begründete den Antrag. Er legte da, welche  
Situation geschaffen worden ist, und wies nach, dass die vom Reichskommissar  
eingesetzten Vertreter der Minister eine "Sitzung des preussischen Ministe-  
riums" abgehalten haben. Sie bezeichneten sich als "Ministerpräsident" und  
als "stellvertretende Minister". Es werden - so behauptet der Antragsteller -  
mit dem Gebrauch der Notverordnung Zwecke verfolgt, die ausserhalb der Zwecke  
liegen, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verfolgt werden dür-  
fen. Sie haben sich Befugnisse auf Grund des Artikels 48 angeeignet, die ihnen  
nicht zustehen. Es seien zwei Minister abgesetzt worden, und zwar der Minister-  
präsident und Minister Severing, ohne eine Begründung. Erst durch die Rede  
des Reichskanzlers im Rundfunk sei die Begründung dieser Absetzung erfolgt,  
und die Minister hätten erfahren, dass sie abgesetzt worden seien, und dass  
ein Reichskommissar eingesetzt sei, weil - das Land Preussen seine Pflichten  
nicht erfüllt habe. Auch durch den Rundfunk hätten sie erfahren, dass ein  
hoher Funktionär mit Kommunisten konspiriert habe, und dass ein preussischer  
Polizeipräsident seine Beamten angewiesen habe, die Kreise der Kommunisten  
nicht zu stören. Es sei nicht möglich gewesen, zu erfahren, wer dieser Poli-



sein soll. Die Person sei nicht genannt worden. Auch der Ort sei nicht genannt worden, wo sich das abgespielt haben soll. Diese Darstellung ist unrichtig. Bei dem hohen Funktionär der preussischen Regierung, um den es sich um den Staatssekretär Abegg vom preussischen Innenministerium, um den es sich um die kommunistische Abgeordnete zu sich gebeten hatte, um sie aufzufordern, auf ihre Parteigenossen einzuwirken, um Ausschreitungen zu vermeiden, die Einstellung des Staatssekretärs Abegg sei so, dass man niemals von ihm erwarten dürfe und könne, dass er sich in Konspirationen mit den Kommunisten beteiligen habe. Aber wenn schliesslich ein Bevollmächtigter auch irgend etwas zu verantworten hat, so sei das immer noch eine Verletzung des Landes Preussen.

Die anderen Minister seien abgesetzt worden mit der Begründung, sie hätten auf eine Einladung der Staatsregierung keine Folge geleistet. Was sei geschehen? Das preussische Staatsministerium habe abgelehnt, eine Einladung unter der Firma "Preussischer Ministerpräsident", - von jemandem, der nicht Ministerpräsident ist - zu folgen; es habe nie abgelehnt, einer Einladung des Reichskanzlers zu folgen. Aber der Einladung, die die Minister hätten nachzukommen, sei unmöglich gewesen. (Ministerialdirektor Schmidt überreicht dem Präsidenten ein Exemplar der Einladung, die am Donnerstag an die Minister ergangen ist.)

Das gleiche Recht kommt dann auf den Fall der 1923er Reichsexekution in Sachsen zu sprechen, der vollkommen anders gelegen hat. Damals waren die Kommunisten Mitglieder der sächsischen Landesregierung. Diese kommunistischen Minister haben tatsächlich mit ihren Parteigenossen konspiriert und gegen die Interessen des Landes und der Regierung gehandelt. Man habe versucht, Abhilfe zu schaffen. Das Reich hat sich in einem speziellen Fall an den sächsischen Ministerpräsidenten gewandt. Die Abhilfe ist nicht erreicht worden und erst dann ist die Reichsexekution eingetreten.

Über die laufenden Geschäfte hinaus habe die Bestellung der Minister eine Bedeutung in zwei Punkten, in denen eine umgehende Abhilfe notwendig ist. Einmal gegenüber dem Landtag und zweitens gegenüber dem Reichsrat. Wenn jetzt der Landtag zusammentritt, entstehe die Frage: wer soll ihm als Minister Rede und Antwort stehen. Es ist weiter die Frage, wer in dem Dreimänner-Kollegium, das zur Auflösung des Landtags befugt ist, die Stimme des Ministerpräsidenten ausüben darf. Noch wichtiger ist die Frage, wer Preussen im Reichsrat vertreten darf. Am Montag ist eine Ausschusssitzung wegen der sehr wichtigen Frage einberufen worden. Wenn dort zwei verschiedene Vertreter erscheinen, die ihre Legitimation auf das bisherige Ministerium einerseits und auf den Reichskommissar andererseits zurückführen, so wird jeder dem andern das Recht zu verhandeln bestreiten und ihm androhen, ihn zur Disposition zu stellen. Es ist eine völlig unmögliche Situation. Auch das Präsidium des Reichsrats wird in aller nächster Zeit zusammentreten, um über gewisse Ergänzungen zum Reichsgesetz zu beschliessen.

Ministerialdirektor Badt verlas ein Gutachten des Professors Anschütz aus Heidelberg, das dieser auf Grund eingehender Rücksprache mit Badt erstattet hat. Er erklärte sich mit der Klage Preussens vollkommen einverstanden. Es seien sowohl die Voraussetzungen von Absatz 1 und Absatz 2 des Artikels 48 des Grundgesetzes als auch die Verletzung der dem Lande Preussen dem Reich gegenüber obliegenden Verpflichtungen die Rede sein, noch davon, dass die eingetretenen Störungen der Ordnung nur durch die Einsetzung eines Reichskommissars und die Absetzung der Ministerien bekämpft werden könnten. Ein Reichskommissar habe äusserstenfalls das Recht, den Ministern der Landesregierungen die Ausübung ihrer Ämter zu untersagen, sie also gewissermassen beiseite zu schieben. Er habe nicht das Recht, Minister und andere Beamte rechtswirksam abzusetzen und ihre Amtsnachfolger zu ernennen.

Für die Zentrumsfraktion hielt Professor Peters den Antrag, dass der Reichskommissar sich künftig aller Amtshandlungen zu enthalten habe, ausdrück-

it. Als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stellte den Antrag: "Der Reichskommissar hat sich jeder Amtsausübung n."

teren Verlauf der Verhandlungen richtete Reichsgerichtspräsident i Vertreter der Reichsregierung drei Fragen :

es komme, dass in früheren Verordnungen des Reichspräsidenten nsetzung von Reichskommissaren stets nur von Artikel 48, Absatz 2, awesensei. Der Vertreter der Reichsregierung solle sich darüber leweit die Notverordnung auf Absatz 1 des Artikels 48 und wieweit satz 2 gestützt werde.

elche Auswirkungen der Notverordnung die Reichsregierung für vorliegende insbesondere wie sie meine, dass die Vertretung Preussens im Reichskunft zu regeln sei.

Wie die zahlreichen Äusserungen der Reichsregierung zu verstehen seien Notverordnung kein Eingriff in die Selbständigkeit des Landes Preuss- und dass die Reichsregierung die baldige Beendigung des jetzigen s erwarte.

Vertreter der Reichsregierung antwortete auf die konkreten Fragen usgerichtspräsidenten mit Ausflüchten. Auf die Frage, auf welchen Ab- Artikels 48 die Reichsregierung ihre Notverordnung stütze, erwiderte selbsterständlich beide Absätze gemeint seien. Die Reichsregierung f dem Standpunkt, dass in Preussen tatsächlich Vorgänge vorlägen, die endung des Artikels 48 Absatz 1 notwendig gemacht hätten. Ihr Tatsachen l habe die Reichsregierung bisher nicht veröffentlicht; sie werde es einem umfangreichen Schriftsatz einreichen. Er müsse es deshalb ableh- der gegenwärtigen Vorverhandlung auf Einzelheiten des Materials einzu- uf die zweite Frage des Reichsgerichtspräsidenten, wie sich die Reichs- g die Auswirkungen der Notverordnung vorstelle, gab der Vertreter des überhaupt keine Antwort. Auch die Antwort auf die Dritte Frage, was ärung des Reichskanzlers zu bedeuten habe, dass die Selbständigkeit is nicht angetastet werden sollte, war inhaltslos und bestand nur aus ten.

sterialdirektor Brecht antwortete dem Vertreter des Reiches. Es müsse t eine vorläufige Regelung getroffen werden. Wie es jetzt in Preussen ie es unter keinen Umständen weiter. An dem Tage, an dem die Verordnung n worden sei, sei ein Offizier mit einem Mann in das Zimmer des Preuss- n Ministerpräsidenten gekommen. Er habe erklärt, er müsse aufpassen, er Ministerpräsident nicht hierherkomme (grosse Bewegung). Von seinem ei Ministerpräsident Braun angerufen worden und man habe ihm den Tatbe- itgeteilt. Was wäre geschehen - so fragt Brecht - wenn Otto Braun le Zurückhaltung besessen hätte, nicht in sein Ministerbüro zu kommen? eine Szene gegeben, die in der jetzigen Zeit in ganz Deutschland Fol- bt hätte, die er nicht schildern wolle. Was Braun freiwillig getan as könne der Reichsregierung als Vorbild dienen. Die Preussische Staats- ng denke nicht daran, sich weiter dieselbe Zurückhaltung aufzuerlegen er. Es sei ein geradezu furchtbarer Zustand jetzt in den Ministerien sen. Als er seine Vollmacht für die jetzige Vertretung in Preussen erigen Minister zur Unterschrift habe vorlegen wollen, habe sich er- dass diese Vollmacht plötzlich in die Hände des Herrn Bracht geraten o könne es wahrhaftig nicht weiter gehen. Das Urteil, das jetzt vom gerichtshof gesprochen werden müsse, sei notwendig, um die geschilderten le zu beseitigen. Niemand wisse heute in Preussen, wem er eigentlich ehe. Der eine bespitzele und beobachte den anderen. "Wir suchen" - loss Brecht - "einen Ausweg für Deutschland!"

Reichsgerichtspräsident Bumke forderte daraufhin den Vertreter des Reiches nochmals auf, das Material zur Kenntnis zu bringen. Die zur Erörterung stehenden Fragen erregten die Öffentlichkeit in Deutschland in einem Ausmass, dass unbedingt sofort eine Entscheidung über den Streitfall getroffen werden müsse.

-----

SPD. Genf, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Der erste Tagungsabschnitt der Abrüstungskonferenz wurde am Sonnabend mit der Annahme der Vertagungsresolution abgeschlossen. 41 Staaten stimmten dafür, Afghanistan, Albanien, Österreich, Bulgarien, China, Ungarn, Italien und die Türkei enthielten sich der Stimme. Deutschland und Sowjetrussland stimmten gegen die Resolution. Das Büro wird am 24. September zusammentreten.

-----

SPD. Die Bundesleitung des Reichsbanners erhebt scharfen Protest gegen die Verhaftung des Schriftstellers Robert Breuer, hervorgerufen durch falsche Aussagen und Berichte eines nationalsozialistischen Redakteurs und Spitzels. Auch der Schutzverband der Deutschen Schriftsteller hat bei dem Wehrkreis-kommandeur von Berlin-Brandenburg sowie bei dem Reichskanzler gegen die Verhaftung Breuers scharf protestiert.

Dem Spitzel und Berichterstatter der nationalsozialistischen "Berliner Börsen-Zeitung" war der Eintritt zu der Versammlung, in der Breuer sprach, verwehrt worden. Winselnd bat der Abgewiesene, ein Herr Korodi, man möge ihn doch zulassen, er wolle einen objektiven Bericht für seine Zeitung verfassen. Der Dank war eine Fälschung und Breuer wurde verhaftet.

Ein ähnliches Bubenstück genügte, um den Oberst Heimannsberg nachts aus dem Bett in das Gefängnis zu transportieren. Im Fall Heimannsberg und dem Fall des immer noch nicht entlassenen Major Enke, war es der Spitzel und Denunziant selbst, der dem Major Enke Pläne vorschlug, wie Heimannsberg wieder in sein Amt einzusetzen sei. Derselbe Ränkeschmied, ein Schöneberger Wachtmeister Schuhmacher erstattete darauf den Militärbehörden Anzeige gegen Enke und Heimannsberg.

-----

SPD. Warschau, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Warschauer Stadtparlament beantragten die chauvinistischen Nationaldemokraten eine Entschliessung, die mit dem Satz schloss: "Alle wie ein Mann stellen wir uns in die Kampffront, um die Grenzen Polens gegen den deutschen Angriff zu verteidigen."

Sofort nahm für die Fraktionen der polnischen Sozialisten Henryk Erlich dazu Stellung. Er zog den Trennungsstrich zwischen dem Hitlerismus und der sozialistischen Arbeiterschaft in Deutschland, verkündete die volle Solidarität der Sozialisten Polens mit der deutschen Sozialdemokratie in gemeinsamem Kampf gegen Faschismus, Mordterror und nationalistische Vertierung. Zum Beweis für die Hoffnung der Chauvinisten aller Länder auf einen Sieg Hitlers, zitierte der Redner einen Artikel des polnischen Erzchauvinisten Roman Dmowski, der Hitler als die Verkörperung des nationalen Geistes des deutschen Volkes bezeichnet und von ihm geschrieben hat, er wolle Deutschland vor Fäulnis und Korruption bewahren und von dem zersetzenden Einfluss antinationaler Kräfte säubern.

Die Sozialisten begleiteten diese Verlesung mit Rufen wie "Romon Hitler"

und "Adolf Dmowski". Erlich schloss unter den Hassrufen der Rechten mit der Entbietung der wärmsten brüderlichen Grüsse und Siegewünsche des polnischen Proletariats an seine deutschen Brüder. Durch den Saal brausten die Rufe: "Hoch die deutsche Arbeiterklasse! Hoch der Sozialismus!"

-----

SPD. Die neue preussische Staatsführung hat als Nachfolger Grzesinski den bisherigen Essener Polizeipräsidenten Melcher endgiltig in seinem Amt bestätigt. Hingegen werden die freigewordenen Stellen der entlassenen Staatssekretäre, Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten einstweilen nur kommissarisch durch beauftragte Beamte verwaltet.

Wahrscheinlich soll der 31. Juli abgewartet werden, bis die Herren aus den Braunen Häusern ihre Wünsche erfüllt bekommen. Vor der Wahl muss Hitler, im Interesse des Stimmenfanges, noch die Oppositionsmaske aufbehalten. Wir befürchten allerdings einige Komplikationen. Heute bereits hat eine solche Jagd nach der Futterkrippe eingesetzt, dass die neue Staatsführung amtlich erklären musste, einstweilen müssten alle Wünsche um Posten und Stellen zurückgestellt werden.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

## An die Deutsche Sozialdemokratie!

---

SPD. Im Namen der Belgischen Arbeiterpartei und angeregt durch das Beispiel der Britischen Labour Party richten wir an Euch diese Botschaft:

Seitdem die Sozialistische Arbeiterinternationale im Jahre 1924 in Hamburg wieder aufgerichtet wurde, haben die deutsche und die belgische Partei so enge und so häufige Beziehungen unterhalten, dass es überflüssig wäre, ihre Solidarität im Kampfe für die Demokratie und den Sozialismus zu bekunden.

Dagegen gibt es etwas, was unter den gegenwärtigen Umständen vielleicht recht nützlich ist auszusprechen: das ist die Tatsache, die wir mit absoluter Sicherheit behaupten können, dass in Belgien die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ohne Unterschied der politischen Partei die Hoffnung hegt, dass die Wahlen vom 31. Juli die demokratischen und republikanischen Errungenschaften in Deutschland befestigen mögen.

Das belgische Volk ist von tiefstem Friedenswillen erfüllt. Sein leidenschaftlicher Wunsch geht dahin, in Frieden und Freundschaft mit allenseinen Nachbarn zu leben. Aber es erkennt klar die gefährliche Drohung, die für ganz Europa darin liegen würde, wenn in Deutschland die Parteien der reaktionären Gewalt triumphierten, die sich bereits durch Bürgerkriegshandlungen auf das Massenverbrechen eines neuen Krieges vorbereiten.

Deshalb stehen alle, die in Belgien nicht nur korrekte, sondern auch vertrauensvolle Beziehungen zu Deutschland wünschen, mit ihrem Herzen auf der Seite jener Parteien, die die Weimarer Verfassung schützen, und sie sind gegen jene Parteien, die diese Verfassung bedrohen.

Was uns Sozialisten betrifft, so haben wir das klare Bewusstsein, dass unsere Sache mit Eurer Sache identisch ist, dass Euer Kampf für die Freiheit inmitten der schwersten Gefahren ein Kampf für die Freiheit Aller ist. Wir grüssen die Werktätigen Deutschlands, deren tagtäglich Handlungen und Opferprachtvoll beweisen, dass sie sich das wunderbare Wort von Goethe zu eigen machen:

"Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muss."

Für die Belgische Arbeiterpartei:

Die Delegierten der Exekutive der Sozialistischen Internationale:

Emile Vandervelde, Louis de Brouckère, Camille Huysmans.

Der Generalsekretär: van Roosbroeck.

Die Vorsitzenden der Parlamentsfraktion in der Deputiertenkammer und im Senat: Max Hallet, Henry La Fontaine.

---

Genossen und Genossinnen!

---

SPD. Mit leidenschaftlicher Teilnahme begleitet die deutsch-österreichische Arbeiterschaft Euren Entscheidungskampf um die deutsche Demokratie.

Ihr müsst siegen,

Genossen und Genossinnen! Denn das Schicksal der Demokratie in Mitteleuropa, das Schicksal des europäischen Friedens, das Schicksal der Arbeiterklasse und des Sozialismus in der Welt hängt von den Ergebnissen Eures Kampfes ab!

Ihr kämpft für uns ebenso wie für Euch.

Am 12. November 1918, an demselben Tage, an dem das deutsch-österreichische Volk die Festung Habsburg gebrochen hat, hat es sich den Anschluss Deutschösterreichs an das deutsche Reich zum Ziel gesetzt. Wenn aber in Mitteleuropa die Reaktion siegt, im Reich die ostelbischen Junker, in Österreich

die Schwarz-Gelben obsiegen, dann ist die Sache des Anschlusses für Jahrzehnte verloren!

Wir glauben an Eure Kraft,

Genossen! Darum glauben wir trotzdem an das sozialistische Gross-Deutschland der Zukunft.

Unsere heissesten Wünsche begleiten Euch in Eurem Wahlkampf.

Gruss den Genossen Severing und Otto Braun, die rechtswidrige Gewalt von der Stätte ihres historischen Wirkens gestossen hat!

Ehrerbietigen Gruss dem Andenken aller deutschen Arbeiter, die von faschistischen Landsknechten im Freiheitskampfe ermordet worden sind!

Brüderlichen Kampfesgruss der deutschen Sozialdemokratie, der Eisernen Front!

F r e i h e i t !

Der Parteivorstand der Deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

-----  
SPD. Genf, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Die 28. Vollversammlung der Interparlamentarischen Union ist am Sonnabend-Vormittag aus Protest gegen den Brief des Generalsekretärs aus dem Völkerbundsgebäude in den St. Centrale umgezogen.

Präsident Carton de Wiart gab eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, dass eine Einigung über den Zwischenfall Renaudel - Costamagne nicht möglich gewesen sei. Er bedauere den Zwischenfall und rief Renaudel wegen unerlaubter Wortergreifung zur Ordnung. Renaudel erwiderte darauf, dass er nicht allein Zwischenrufe gemacht habe. Die Faschisten hätten Frankreich beleidigt und es als Asyl der Mörder bezeichnet. Er sei zu der Regelung in der Art bereit, dass der Zwischenfall aus dem Protokoll herausgelassen werde.

Die Italiener waren zu der Sonnabend-Sitzung nicht erschienen. Die Versammlung selbst ging über den Zwischenfall schliesslich zur Tagesordnung über.

-----  
SPD. Breslau, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den Ohlauer Vorfällen sind inzwischen noch zwei Personen aus den Reihen der Arbeiterschaft verhaftet worden. Der eine dieser beiden Verhafteten ist der Gewerkschaftssekretär Manche, der bisher in der Breslauer Universitätsklinik lag. Offenbar geht das Bestreben der Breslauer Staatsanwaltschaft dahin, Zeugenaussagen, durch die die Nazis belastet werden könnten, durch vorbeugende Verhaftungen dieser Zeugen unmöglich zu machen.

-----  
SPD. Braunschweig, 23. Juli (Eig. Drahtb.)

Mit welchen Plänen sich die Naziführer beschäftigen, verriet der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Zillkens-Essen in einer Versammlung in Holzminden. Er sagte u.a.: Es sei an der Zeit, dass die Nationalsozialisten die Macht übernehmen. Der Wahl am 31. Juli werde der Marsch auf Berlin folgen. Ob dieser Marsch legal oder sonstwie durchgeführt werde, das liege allein bei den anderen. Diese Ankündigung bekräftigte der Gauleiter der Nazis für Südhannover-Braunschweig, der Reichstagsabgeordnete Rust durch die Erklärung, dass nach dem 31. Juli nur Adolf Hitler regieren werde, möge die Wahl ausfallen wie sie wolle.

# Aus aller Welt

## Wahl-Geschichtliches.

Es ist alles schon dagewesen.

SPD. Wer bei Versammlungen einem Antrag zustimmt, der streckt Arm und Hand aus. So ist das allgemein heute, so war es immer schon. Deshalb heisst das griechische Wort für "erwählen" so viel wie Handausstrecken. Bekannt ist allerdings auch die moderne Deutung, die man der Geste des Handausstreckens gibt, wenn man sie heutzutage bei unseren, das faschistische Vorbild nachahmenden Nazis sieht: "So hoch liegt der Dreck in Italien!"

Im Laufe der Geschichte wurde mit dem Anwachsen der Gemeinden der Kreis der Wähler eingeengt. Zunächst schloss man das "niedere" Volk, später auch einzelne grössere Stände als Wahlberechtigte aus. Dadurch ging das Wahlrecht auf wenige Personen hohen Standes über. Hierdurch wurde der Stimmenkauf begünstigt; diejenigen, die an der Wahl einer bestimmten Person interessiert waren, verteilten im Kreis der Wähler Geld oder Güter.

Auch das haben die Nazis gelernt. Sie verteilen allerdings in erster Linie hohle Versprechungen, die sie nie einzulösen in der Lage sind. Oder mit einem Bild: sie lügen und versprechen das Blaue vom Himmel herunter.

Kult-Stätten, die heute oft als "heidnische Heiligtümer" angesehen werden, sind häufig alte Plätze, an denen sich seit Urzeiten das Volk zu Wahlen versammelte. Da heutzutage die Nazis alle Plätze ihrer Wahlpropaganda mit Hakenkreuzen nachdrücklichst zu verunzieren pflegen, dürfte späteren Ausgräbern unserer Gegenwart eine solche Verwechslung kaum unterlaufen. Sie wissen, dass hier Barbaren gehaust haben.

Stark beeinflusst wurde eine Wahl früher, wenn einer der Kandidaten einen grossen Anhang unter den Bewaffneten hatte. Der so begünstigte Kandidat fand dann meistens einen Vorwand dafür, dass sich der bewaffnete Heerhaufe in der Nähe des Wahlortes aufhielt. Heute gibt es natürlich keinerlei politische Mächte oder Bevölkerungsgruppen, die sich von der Existenz einer legalen oder illegalen Armee in ihren Wahlentscheidungen beeinflussen lassen...

Es sind uns nicht viele Nachrichten darüber überliefert, welche Hilfsmittel bei Wahlen früher benutzt wurden. Jedenfalls kannte man schon im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung Wahlurnen. Sie hingen in grossen, rasch umkippbaren Gestellen; die Lose fielen durcheinandergewürfelt herab. In der Republik Venedig gebrauchte man um das Jahr 1625 eine Zählmaschine: man gab damals kleine farbige, leicht zu sortierende Kugeln ab; alle gleichfarbigen Kugeln wurden in diese Maschine geworfen; in der Maschine lagen Bretter mit je 50 Vertiefungen. Mit einem Griff waren alle Vertiefungen mit Kugeln gefüllt, mit einem zweiten Griff war ein solches Zählbrett ausgeschüttet. Man zählte die abgegebenen Kugeln auf diese Weise 50 mal schneller als mit der Hand.

Die Grundzüge für die deutsche Kaiserwahl wurden im Jahre 1356 in der sogenannten "Goldenen Bulle" festgelegt. An dieses Gesetz, das die Rechte und Pflichten des Kaisers regelte, erinnert noch heute in Nürnberg, wo die Bulle erlassen wurde, ein grosses Figurenwerk. Es steht mit der Uhr der Frauenkirche

in Verbindung. Alltäglich ziehen die Figuren der sieben Kurfürsten (Wahl-  
Fürsten) an der Figur des Kaisers vorüber.

+

Je grösser die Zahl der Wahlberechtigten wurde, umso grösser wurde der Auf-  
wand, den man bei den Fürstenwahlen trieb. Schliesslich kam es so weit, dass man  
nach der Grösse des Gefolges, nach den Geschenken und den gespendeten Festessen  
die jeweilige Wahlwürdigkeit taxierte.

Da hat sich auch nicht viel geändert. Wie viele von denen, die nicht alle  
werden, blendet doch der schäbige Glanz der braunen Uniform, das Gewicht des  
Industriegeldes, der Klang manches adligen Namens. Sie wählen die Uniformen,  
das Geld, den Adel; Aeusserlichkeiten, die ihnen imponieren, schicken sie ins  
Parlament. Sie schicken Deutschland in den Untergang. Wenn wir das Schicksal  
nicht wenden!

Dr.F.

+ + +

Kindermörder. In Rybnik (Ostoberschlesien) wurde am Sonnabend der zum  
Tode durch den Strang verurteilte Kindermörder Gawlitzek hingerichtet. Gawlit-  
zek hatte ein siebenjähriges Kind auf bestialische Weise ums Leben gebracht.

+ + +

Bomben=Roboters. In der britischen Luftmarine wurde ein Geschwader von  
Grossbombenflugzeugen mit "Roboter=Piloten" ausgerüstet. Die Maschinen können  
ohne menschliche Besatzung an Bord durch mechanische Mittel (d.h. mit Maschi-  
nenmenschen oder "Roboters") auf einen beliebigen Kurs mit grösster Genauigkeit  
ferngesteuert werden. Die Roboter=Flugzeuge werden von einer Kontrollstation  
durch "adiowellen angefunkt; sogenannte Gyroskope nehmen die Befehle auf und  
veranlassen gleichzeitig mechanisch die Ausführung. Die Herstellerfirma heisst  
"Smith Aircraft Instruments". Zahlreiche Versuchsflüge (auch solche auf der  
Non-Stop-Strecke England-Aegypten) sollen die Brauchbarkeit des neuen Flug-  
zeugtyps bewiesen haben. Die Engländer haben für die Maschine auch schon ihren  
Spitznamen: "George".

+ + +

New York in Not. Die Stadt New York befindet sich in grossen Finanz-  
Schwierigkeiten. Die 147 000 Angestellten des Magistrats wurden von Bürger-  
meister Walker gebeten, auf je ein Monatsgehalt zu verzichten, um die Stadt  
vor dem Bankrott zu bewahren. Sollte der freiwillige Verzicht, durch den die  
Stadt New York 26 Millionen Dollar sparen würde, nicht erfolgen, so wird die  
Stadt New York zu einer Gehaltskürzung schreiten.

+ + +

Luftpostausstellung. In Danzig wurde eine Internationale Luftpostaus-  
stellung "Lu-posta" eröffnet. Es werden zahlreiche philatelistische und flug-  
technische Werte und Kuriositäten gezeigt. Zum Abschluss der Ausstellung lan-  
det in Danzig am 31. Juli das Luftschiff "Graf Zeppelin".

+ + +

Ein Giftschiff. Im Hafen von Washington lief ein mit 200 Passagieren  
besetzter Ausflugsdampfer ein: die Passagiere waren auf einer kurzen Fahrt  
sämtlich an schweren Vergiftungserscheinungen, die auf den Genuss einer ver-  
dorbenen Schiffsmahlzeit zurückgeführt werden, erkrankt. Alle 200 Personen  
wurden schleunigst in Krankenhäuser transportiert. In einigen Fällen besteht  
Lebensgefahr.

+ + +

Florence Ziegfeld. Einer der bekanntesten Theaterunternehmer Amerikas,  
Florence Ziegfeld, ist in Los Angeles gestorben. Ziegfeld ist der Vater der  
Revue. Die berühmten Ziegfeld=Girls liess er so ziemlich in allen Ländern  
der Erde tanzen.

-----



# Wirtschaft Technik Ganzen

## Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz.

(Weshalb wählen wir am 31. Juli sozialdemokratisch?)

SPD. Seit dem 1. Juni regiert das Kabinett von Papen - von Schleicher, in dem die wirtschaftspolitisch entscheidenden Ministerien, das Reichsernährungsministerium durch den Freiherrn von Braun, den Vertrauensmann des Landbundes, und das Reichswirtschaftsministerium durch den früheren Direktor des Chemietrusts, Professor Warmbold, geleitet werden.

Was hat diese Regierung, die auf unparlamentarischem Wege, getragen von der nationalsozialistischen Welle, ans Ruder gekommen ist, in ihrer bisherigen Regierungszeit zum Nutzen oder zum Schaden für die deutsche Wirtschaft getan?

Sie hat zunächst durch die brutale Kürzung der Unterstützungen und Renten in der Reichsverordnung die innere deutsche Kaufkraft, vor allem für die Massengüter des Nahrungsmittelbedarfs weiter gedrosselt.

Sie hat weiter die von der Regierung Brüning geplante, vom Reichstag beschlossene Arbeitsbeschaffungsanleihe, durch die ein grösseres Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert werden sollte, begraben, ohne einen Ersatz dafür zu schaffen.

Auf dem Gebiet der Handelspolitik hat der Reichsernährungsminister ein grosses Programm der landwirtschaftlichen Schutzzollerhöhungen und der Absperzung vom Aussenmarkt ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für den deutschen Industrieexport aufgestellt. Aber man ist nicht bei der programmatischen Aufstellung geblieben, man hat auch nicht nur die Vorarbeiten für eine geplante Margarinesteuer und für eine praktische Durchführung eines Buttereinfuhrverbots betrieben, sondern man hat vor allen Dingen auch einen wichtigen praktischen Schritt zur Verschlechterung der deutschen Industrieausfuhr getan durch die Kündigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, die nach unverdächtigem Zeugnis der "Kölnischen Zeitung" "auf Befehl der Landwirtschaft" erfolgte.

Es wird also der Kurs auf höchsten Agrarprotektionismus gesteuert. Dadurch wird der städtischen Bevölkerung die Lebenshaltung verteuert, es werden neue Hemmungen für die deutsche Ausfuhr an Fertigwaren und damit für den Beschäftigungsgrad der Industrie hervorgerufen.

Damit aber nicht die Grosslandwirtschaft allein von der Regierung der Freiherren und Barone profitiert, haben auch die Schwerindustriellen schon ein Geschenk bekommen. Die innere Benzinausgleichssteuer, die seinerzeit bei der aus finanzpolitischen Gründen erfolgten Erhöhung des Benzinzolls eingeführt wurde, ist praktisch beseitigt worden. Sie ist nur noch der Form halber in Höhe von 10 Pfg. aufrechterhalten worden. Das bedeutet für die Produzenten von Benzol, die Schwerindustrie, und die Produzenten von künstlichem Benzin, den Chemie-Trust, ein Geschenk von mindestens 15 Millionen Mark für das Jahr.

Begünstigung der Grossinteressenten und Drosselung des Massenverbrauchs sind die Kennzeichen der bisherigen wirtschaftspolitischen Regierungshandlungen. Weit schwerer als diese Einzelmassnahmen zum Schaden der Gesamtwirtschaft wirken sich aber die verstärkten Lähmungen der Wirtschaft und jeder neuen Unternehmungslust aus, die ausgegangen sind von der verschärften inneren Unruhe, die das Kabinett Papen hervorgerufen hat.

Die Aufhebung des SA-Verbots, die Freigabe der neuen Uniform haben in

Deutschland bürgerkriegsähnliche Erscheinungen hervorgerufen. Die Diktatur mit Militärgewalt in Preussen hat im Inland und im Ausland jeden Keim einer Festigung wirtschaftlichen Vertrauens erstickt.

Infolgedessen hat sich nicht einmal die jahreszeitlich bedingte Entlastung am Arbeitsmarkt auswirken können, sondern wir haben sogar trotz des ungeheuren Hochstands der Arbeitslosigkeit um Mitte Juli bereits wieder steigende Arbeitslosenzahlen.

Unter der innerpolitischen Beunruhigung sind auch alle psychologisch günstigen Wirkungen, die etwa von dem Einschwenken der Regierung von Papen in die erfüllungspolitische Linie in Lausanne hätten ausgehen können.

Die Zwischenbilanz von acht Wochen Freiherrenherrschaft spricht auf wirtschaftlichem Gebiet eine klare Sprache. Junker und Schwerindustrielle haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Regierung von Hitlers Gnaden, all anderen Kreise des Volkes haben ein Interesse daran, sie durch die Abstimmung vom 31. Juli zu beseitigen.

Dabei muss man sich darüber im klaren sein, dass das, was bisher von dem Programm der Grossinteressenten gegen die Interessen der Gesamtwirtschaft, gegen die Interessen vor allem der deutschen Arbeiterschaft, der Bauern, der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden ausgeführt worden ist, nur ein durch die Kürze der Zeit gebotener bescheidener Anfang ist gegenüber den Interessentenzielen, auf die die Regierung der Freiherren eingestellt ist, und für die die Nationalsozialisten, die sich "Arbeiterpartei" nennen, die Schutztruppe bilden.

Gegen die Interessentenwirtschaft der Junker und Trustmagnaten stellt die Sozialdemokratie die Forderung auf Stärkung der Massenkaufkraft, Erweiterung der deutschen Absatzmöglichkeiten, Arbeitsbeschaffung und Umbau der Wirtschaft von der kapitalistischen Misswirtschaft zur sozialistischen Planwirtschaft.

Neben der politischen Entscheidung für Freiheit gegen Diktatur steht am 31. Juli die wirtschaftliche Entscheidung für eine Politik der Wohlfahrt der Massen gegen die Politik der Interessentenhäufen.

Der Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg führt über die politische Selbstbesinnung des deutschen Volkes, über den Sieg der Liste 1!

Fritz Naphthali.

-----

SPD. Die Nazis trauen sich seit langer Zeit mit ihrem Federgeld nicht mehr recht heraus; denn sie wissen, dass hier der wundeste Punkt ihres sogenannten Wirtschaftsprogramms liegt. Aber wenn sie den Köder ihrer phantastischen "Arbeitsbeschaffungsprogramme" auswerfen und wenn man sie fragt, wie sie sich denn die Finanzierung vorstellen, müssen sie notgedrungen die Katze aus dem Sack lassen und sich auf das Federgeld zurückziehen. Das erlebte man bei der letzten Reichstagsrede Gregor Strassers, das erlebte man indrei langen Artikeln, die Gottfried Feder im "Völkischen Beobachter" losliess, und das erlebt man jetzt wieder bei einer neuen Schrift, die in der nazi-offiziellen Nationalsozialistischen Bibliothek erschienen ist. Ihr Verfasser hört auf den urdeutschen reinrassigen Namen Lawaczek und ist, wie sein leuchtendes Vorbild Feder, Ingenieur. Die technischen Projekte, mit denen er Deutschland erlösen will, interessieren uns hier weniger. An solchen Projekten ist ja in Deutschland kein Mangel. Entscheidend ist, wie die Milliardenprojekte finanziert werden sollen. Und da landet Lawaczek natürlich prompt an dem Punkt, wo alle nationalsozialistischen Rettungsprogramme landen: bei der unbegrenzten "Geldschöpfung" durch den Staat. Wenn nur Geld für produktive Zwecke gedruckt wird, dann ist es schon gut. Ob der Geldumlauf über die Warenmenge hinauswächst und die Preise ins Uferlose steigen, ist nebensächlich. Aber freilich, das nationalsozialistische Ziel, die Löhne auf den Stand von 1900 herabzudrücken, würde auf diesem

Wege am raschesten erreicht werden.

Durch nichts kann der volksfeindliche Charakter der Nazis krasser enthüllt werden als durch ihre immer wiederkehrenden Inflationspläne.

Wer Nazis wählt, wählt Inflation, wählt Lohn- und Sozialabbau, wählt Volksentrechtung. Mehr als je gilt heute das Wort: "Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber."

-----

SPD. Der deutsche Samttrust, die Mechanische Weberei zu Linden, hat sich gezwungen gesehen, seine Zahlungen einzustellen. Vorläufig hat das Unternehmen das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches wird der Generalversammlung Mitteilung gemacht werden müssen, wonach das Aktienkapital von 4,5 Millionen Mark zur Hälfte verloren ist.

Der Samttrust hat bereits im vorigen Jahr eine Sanierung durchgeführt, wobei das Unternehmen von Verlusten in Höhe von über 18 Millionen befreit wurde. Die Sanierung ist aber missglückt. Hier rächen sich alte Sünden, rächen sich Ueberspekulationen und Fehlinvestitionen. Die Gunst auf dem Markt für Baumwollsaft (Velvet) verführte die Mechanische Linden nach der Stabilisierung der Mark, einen Samttrust zusammenzuschweissen. Diesem Projekt lag die Idee zugrunde, die ganze Velvetfabrikation in einer Hand zu vereinigen, um so die Preise diktieren zu können. 1926 wurde die Berliner Velvetfabrik Mengers aufgekauft. Im Jahre darauf erfolgte der Aufkauf des tschechischen Velvetkonzerns Fröhlichs Söhne. 1928 wurden die Demisch & Engler in Zittau und die Rheinische Velvetfabrik Reersen erworben. Alles zu ungeheuren Preisen, die den neuen Trust stark belasten mussten. Und vor allem mit teuren Krediten.

Als sich die Konjunktur zum Schlechteren wendete und der Baumwollsaft auch z.T. aus der Mode kam, zeigte sich, dass die Mechanische Linden die Lasten nicht tragen konnte. Es kam zu der oben erwähnten ersten Sanierung. Anzuschreiben waren Verluste in Höhe von 18,8 Millionen Mark. Das geschah, indem man die Reservefonds in Höhe von 6,6 Millionen Mark in Anspruch nahm. Weiter wurde das Aktienkapital im Verhältnis von 10:1 geschnitten und dann von 1,35 Millionen Mark auf 4,5 Millionen Mark erhöht.

Das ist nun das Ende des Monopoltraums. Ein Beweis für die Gefahren kapitalistischer Wirtschaftsführung, die einer wirklichen Kontrolle entbehrt.

-----

SPD. Die "Deutsche Bergwerkszeitung", das Organ der Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen, das sich seit Jahren um die Förderung der Nationalsozialistischen Partei bemüht, beschäftigt sich in seinen letzten Ausgaben auffallend viel mit Sozialismus und Sozialisierung, Wie das geschieht, dafür nur einige Proben: Schleichhandel, Kohlenkarte, Brot- und Butterkarte, Wohnungsmangel, Wohnungsamt - doch unbestritten Kinder des Kriegs und der Kriegsnot -, alles das ist der "Deutschen Bergwerkszeitung" Sozialismus und Sozialisierung. Jeder blamiert sich schliesslich so gut er kann. Wir würden auch der "Deutschen Bergwerkszeitung" dieses Recht nicht verwehren und ihre Idden über Sozialismus schmunzelnd zur Kenntnis nehmen, wenn die "Deutsche Bergwerkszeitung" nicht den Nationalsozialismus in wirklich grausamer Weise enthüllt und entlarvt. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" schreibt nämlich in ihrer Sonnabendausgabe:

"Aber trotzdem bleiben "Sozialismus" und "Sozialisierung" bei uns noch die neueste Mode, der "dernier cri" des 20. Jahrhunderts, und auch die grösste parteipolitische Bewegung aller Zeiten, die nationalsozialistische Partei, kann es sich nicht versagen, dieser Mode ihre Reverenz zu erweisen. Sollte sie freilich, zur Macht gelangt, ernstlich an ir-

gendwelche Sozialisierungsexperimente (im bisherigen Sinne des Wortes) herangehen, so ist zu vermuten, dass ihr alsbald neun Zehntel ihrer Anhänger wieder davonlaufen. Aber vielleicht benutzt auch sie das Wort "Sozialismus" nur als Aushängeschild und gibt ihm nachher in der Praxis eine vollkommen andere Auslegung - was, nebenbei bemerkt, herzlich zu wünschen wäre".

Hier wird von einer Stelle, die engste Beziehungen zu Hitler unterhält, gesagt, was man vom "nationalen Sozialismus" Hitlers zu halten hat. Eine Revolution gegenüber einer "Mode", über die man, wenn man zur Macht gelangt ist, lacht. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" wird wissen, dass, wenn die Nationalsozialisten in Deutschland das Heft in die Hand bekommen würden, nicht die Leute bestimmen werden, die heute den Köder des Sozialismus auswerfen, sondern die Leute, die die nationalsozialistische Partei finanzieren. Und das sind dieselben Leute, die die "Deutsche Bergwerkszeitung" aushalten.

Aber auch aus einem andern Grunde verdient die Auseinandersetzung gegen den Sozialismus in der "Bergwerkszeitung" Beachtung. Es liegen bestimmte Anhaltspunkte dafür vor, dass die Nationalsozialisten auf die Regierung von Papen einen Druck nach der Richtung ausüben, doch etwas auf dem Gebiet der Verstaatlichung usw. zu unternehmen. Wahrscheinlich soll die nationalsozialistische Agitation damit neu belebt werden. Man will so tun, als ob man wirklich Mähte. Diesem Druck soll sich u.a. der General Schleicher zugänglich gezeigt haben. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" lässt demgegenüber keinen Zweifel, dass man auch nicht einmal die Illusion einer Verwirklichung des Hitlerschen Nationalsozialismus dulden wird.



SPD. Die verschiedenen, von der Regierung der Hitlerbarone in letzter Zeit durchgeführten Massnahmen haben die bereits überhöhten Getreidepreise ter nach oben getrieben. An der Berliner Produkten Börse z.B. liess man in den letzten Tagen feststellen, dass der Bedarf an greifbarem Getreide und greifbarem Mehl nicht gedeckt und nicht befriedigt werden konnte. Preise mussten demzufolge in die Höhe klettern. Wir geben die Entwicklung mit folgender Zusammenstellung wieder:

	<u>Mitte Juli</u>	<u>22. Juli</u>	<u>23. Juli</u>
	(Berliner Notierungen für 1 Tonne in Reichsmk.)		
Roggen	178	188	194
Weizen	235 - 237	249 - 251	251 - 253.

Mit den Getreidepreisen ziehen auch die Mehlpreise an. Dabei ist beachtlich, dass die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Früher oder später muss sich die Getreidepreissteigerung in eine Brotpreissteigerung umsetzen. Die Regierung hätte es in der Hand, gegen diese Bewegung etwas zu tun, wenn sie Russenroggen, über den das Reichsernährungsministerium zur Genüge verfügt, zur Verfügung stellt. Die Reichsregierung denkt aber nicht daran, will die an sich schon überhöhten Getreidepreise weiter steigern. Das kann den Hungergürtel noch enger schnallen. Denkt am 31. Juli daran. List Liste 1, Sozialdemokraten.



## Knappheit treibt Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 23. Juli.)

SPD. Die Nachfrage nach Brotgetreide aus alter Ernte wird immer dringender. Auch am Sonnabend trat an der Berliner Produktenbörse stärkerer Begehrt zu Tage, der jedoch, besonders beim Roggen nicht gedeckt werden konnte. Vielfach zeigten sich die Käufer bereit, starke Aufgelde für prompten Roggen zu bezahlen, ohne dass es möglich war, das gewünschte Material zu erhalten, da Angebot fast nicht vorhanden war. Infolgedessen musste die Notiz für prompten Roggen wieder gestrichen werden, während am Markte der Zeitgeschäfte der Preis für Juliroggen um 6 Mark heraufgesetzt wurde. Auch prompter Weizen war stark gefragt und erzielte einen Preisgewinn von 2 Mark. Die Nachfrage nach Getreide aus neuer Ernte ist etwas weniger dringend geworden, nachdem die Wetterlage sich gebessert hat. Indessen war auch hier das Angebot nur sehr gering. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte lauteten beim Weizen für Juli  $1\frac{1}{2}$  Mark höher, für die späteren Sichten unverändert, während Roggen für die späteren Sichten nur teilweise ganz leichte Gewinne erzielen konnte. Auch am Mehlmarkt ist sich die Nachfrage belebt, speziell nach sofort lieferbarem Roggenmehl, das gleichfalls nicht erhältlich ist. Auch für später zeigte sich besseres Kaufinteresse. Für beide Mehlsorten wurden die Forderungen um 25 Pfennig erhöht. Das Angebot an Hafer blieb knapp. Bei den erhöhten Forderungen hielten sich aber auch die Käufer sehr zurück, sodass nur wenig Umsätze zustande ka-

	22.7.	23.7.
	(ab märkische Station in Mark.)	
en	249 - 251	251 - 253
en	-	-
gerste	-	-
er- und Industriegerste	161 - 172	161 - 172
	163 - 168	164 - 169
nmehl	29,50 - 33,75	29,50 - 34,00
nmehl	25,00 - 26,75	25,50 - 27,00
enkleie	11,60 - 11,90	11,60 - 11,90
enkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60.
Handel rechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli $265\frac{1}{2}$ (Vortag 264), ember $228\frac{1}{2}$ ( $228\frac{1}{2}$ ), Oktober 229 (229), Dezember $231\frac{1}{2}$ ( $231\frac{1}{2}$ ); Roggen Juli (188), September $177\frac{1}{2}$ ( $177\frac{1}{2}$ ), Oktober 178 ( $177\frac{3}{4}$ ), Dezember $180\frac{1}{2}$ ( $180\frac{1}{2}$ ), r Juli - (-78), September $149\frac{1}{2}$ (-).		

## Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 23. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeuger-  
 tion, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. 98,  
 allende Sorten 91 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Lernt von den Franzosen!

SPD. In Deutschland baut die Regierung der Hitlerbarone den Wohlfahrtsstaat ab. Mehr noch: die Hitlernerotverordnung raubt den Massen der Arbeitslosen faktisch das Existenzminimum. Diese Feststellung ist keine Uebertreibung. Sogar ein Blatt wie die "Deutsche Bergwerkszeitung", d.h. ein Organ des scharfmacherischen Flügels der Schwerindustrie, hat das nach dem Erlass der Notverordnung ausgesprochen. Das Organ der Grubenbarone gab zu, dass durch die Notverordnung die Massen der Arbeitslosen in den nackten Hunger getrieben werden. Die Regierung der Barone will den Radikalismus bändigen. Sie fühlt sich stark, weil sie die Bajonette hinter sich hat. Mit den Bajonetten bekämpft man aber den Radikalismus nicht. Das könnte Herr von Papen vor allem von Frankreich lernen. Frankreich hat noch viel mehr Bajonette als Deutschland, aber keinen Radikalismus, obwohl auch drüben das Volk weiss, wo es der Schuh drückt. Die Kämpfe, die z.B. um die Einführung der Sozialversicherung in Frankreich ausgefochten werden mussten, sind noch in guter Erinnerung. Aber Frankreich wird politisch klüger geführt als Deutschland. Das zeigt sich vor allem in der Arbeitslosenunterstützung. Die Unterstützungslast drückt natürlich Frankreich nicht entfernt so schwer als Deutschland. Allein das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist die Tatsache, dass die französische Unterstützung dem Arbeitslosen es immer noch ermöglicht, wenigstens innerhalb der bürgerlichen Existenz zu verbleiben, während bei uns die Massen noch unter die Hungergrenze herunter gedrückt und damit förmlich gewaltsam zum Angriff auf den Staat gezwungen werden. Die Arbeitslosenunterstützung der Hitlerregierung ist auch staatspolitisch eine Unmöglichkeit.

Die Unterstützungssätze der Arbeitslosenfürsorge sind in Frankreich höher als bei uns. Eine Staffelung nach Lohnklassen gibt es drüben nicht; die einzige Einschränkung besteht darin, dass die Unterstützung einschliesslich der Familienzulage nicht die Hälfte des ortsüblichen Lohnes übersteigen darf. Praktisch kommt diese Bestimmung aber bei der Festsetzung der Unterstützung so gut wie gar nicht in Frage. Die Unterstützung wird von der Regierung al. Höchstsatz festgesetzt, aber sie wird - was wichtig ist - von wenigen, mehr ländlichen Gemeinden abgesehen, überall bezahlt. Die französischen Unterstützungssätze pro Wochen sehen zurzeit folgendermassen aus:

Ein alleinstehender Arbeitsloser erhält 7 Mark. Ein Arbeitsloser mit einem Angehörigen 11 Mark, bzw. 10,50 Mark (11 Mark bei Ehefrau oder einem arbeitslosen Angehörigen, 10,50 Mark bei einem Kind unter 16 Jahren oder einem, das weniger als 4 Mark wöchentlich verdient); ein Arbeitsloser mit zwei Angehörigen erhält 15, bzw. 14 Mark, mit drei Angehörigen 19, bzw. 17,50; ein Arbeitsloser mit mehr Angehörigen, darunter drei Kindern unter 16 Jahren, erhält 20 Mark, mit 4 Kindern unter 16 Jahren 23 Mark und mit 5 oder mehr Kindern unter 16 Jahren 26 Mark.

Die der französischen Unterstützung entsprechenden deutschen mittleren Unterstützungssätze sehen folgendermassen aus: ein Arbeitsloser ohne Angehörige erhält den Höchstsatz von 9,90 Mark, in der Regel 7,20 Mark; bei einem Angehörigen lauten die entsprechenden Sätze 12,30 und 9 Mark, bei zwei Angehörigen 14,70 und 10,80, bei drei 17,10 und 12,60 Mark; bei vier 19,50 und

14,40 Mark, bei fünf 21,90 und 16,20 Mark, bei sechs 24,30 und 16,20 Mark.

Bei einem Vergleich zeigt sich, dass die französischen Unterstützungssätze nur für einen alleinstehenden Arbeitslosen etwas niedriger sind als die deutschen Unterstützungssätze in den höheren Lohnklassen. Für Arbeitslose mit Familie sind dagegen die französischen Sätze fast durchweg höher. Auch Frankreich kennt selbstverständlich, vor allem in den grösseren Städten, Mietsbeihilfen. Frankreich kennt aber keine Hilfsbedürftigkeitsprüfung, wie sie jetzt in Deutschland durch die Hitlerbarone eingeführt wurde. Die Folge dieser Hilfsbedürftigkeitsprüfung ist, dass die deutschen Unterstützungssätze in unzähligen Fällen um die Hälfte gekürzt werden.

Zu alledem kommt noch die bedeutsame Tatsache, dass in Frankreich der Staat, bzw. die Gemeinde die Mittel für die Unterstützung allein aufbringen, während in Deutschland der noch in Beschäftigung stehende Arbeiter seinen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen muss. Und ebenso beachtlich ist die weitere Tatsache, dass in Frankreich die Freigrenze für die Einkommensteuer wesentlich höher liegt als in Deutschland. Sie liegt drüben für eine alleinstehende Person bei 2 240 Mark, in Deutschland dagegen bereits bei 720 Mark. Bei 2 Kindern liegt die Freigrenze drüben bei 4 250 Mark, in Deutschland dagegen bereits bei 1200 Mark.

In Frankreich hat man erkannt, dass eine menschliche Regelung der Unterstützungsfrage ein sehr bedeutsamer Faktor für die Aufrechterhaltung des innerpolitischen Gleichgewichts ist. Die neue französische Regierung Herriot hat ausdrücklich erklärt, dass sie den Arbeitslosenschutz ausbauen werde. Sie hat zu diesem Zweck bereits ein umfangreiches Programm ausgearbeitet. In Deutschland Rückschritt, in Frankreich Fortschritt! In ihrer Antrittserklärung hat die französische Regierung mit besonderem Nachdruck hervorgehoben, dass die grundlegenden Prinzipien des Sozialversicherungsgesetzes nicht angetastet werden sollen. "Wir werden", so hiess es in der Regierungserklärung, "gemäss den Lehren der Erfahrung das Gesetz nur umzustalten und zu vereinfachen versuchen. Wir werden ferner die öffentliche Gesundheit verteidigen, indem wir die Politik der gesunden Wohnung anwenden und diese auch der bescheidenen Unterkunft des Bauern zugutekommen lassen. Wir werden für die Altersschwachen, die die Gegenwart unseres Landes geschaffen haben, und für die Kinder sorgen, die die Zukunft des Landes sind. Und gemäss dem Wunsche der ganzen Nation werden wir den Opfern des Krieges den besten Teil jener bevorzugten Aufmerksamkeit widmen, die alle ehemaligen Kriegsteilnehmer verdienen."

Aus dieser Erklärung spricht ein anderer Ton und ein anderer Geist als er aus der Kampfansage der Hitlerbarone gegen den Wohlfahrtsstaat schmetterte. Aber in Frankreich brachten auch die letzten Wahlen den Sozialisten und der Linken ganz allgemein einen kräftigen Auftrieb. Jedes Volk hat eben die Regierung, die es verdient. Das deutsche Volk hat bei den Wahlen sein Schicksal selbst in der Hand. Und es kann auch von den Franzosen etwas lernen.

---

SPD. Der Reichsarbeitsminister hatte nach seinem Amtsantritt auch die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine empfangen. Die Gelben knüpften daran grosse Hoffnungen. Sie glaubten, die Regierung der Hitlerbarone werde nun ihre Anerkennung als tariffähige Vertragspartei herbeiführen. Daraus ist aber nichts geworden. Der Reichsarbeitsminister ist der Auffassung, dass es wie bisher den mit der Auslegung der Gesetze betrauten Stellen überlassen bleiben muss, ob sie die Werkvereine als Parifvertragspartei anerkennen können. An dem bisherigen Zustand ändert sich also nichts.

Die Macht der Tatsachen ist doch eine starke Macht.

---